

hat, verbleibt
Das Motto
wurde nicht

Dresdner
im Schau.
aufgeführt
hauses durch
sich be-
nicht wieder
einigungsdurch-
nahmen er-
t im Theater
gegen den
führern. Das
führung von
as nachdrück-
lich es auf
ührung keine
Kufführung
zu dem Stad-
mobilindustrie
übertriebenes
ben.

ert an des
endes: "Im
dtagstraktion
sammt der
Bretter für
des Städtes
die Vor-
arten besuch-
den Elementen
ist es ihnen
obhängig
herweise ein
zu bilden
enden Kün-
aus Radau-
te zu ver-
abtiefen
die
und was
gen, daß die
nzen hiel-
einfalls
entrau und
em Grunde
linarversah-
er bemerkst,
von der
zweigeteilten
zeiträumlich
die Möglic-
ungen all-
wert eines
ungsgesetzten.
in diesem
und Modell-
d Fabelan-
stellung der
tostenlos
Unmittelbar

Breisgau-
lichen Lan-
tungskosten
(für Ernähr-
Beleidung)
1970 Mill-
nder mit
Beschleibungs-
kunst 1924
H. berlina

sterte, für
Wangelnde
sagte Rech-
nen er sich
einen Aus-
Waldrich
n auch im
und half
riederfeilen
gewöhnt
proß ge-
der Ton-
mal, ge-
walt mit
prang oft
er als das
des Box-

e Frauen.
ist zu ges-
Innume-
der Herde.
anderen
eligen ist
abswan-
schick
er einem
einer
dass
woven die
enn sein
Dies war
nischen
die Mus-
se Bewe-
was die
ben man
wieder-
kleinen-
funkt.)

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktion nehmen die Redakteure
und die Herausgeber des Auer Tageblatts
mit. — Erhältlich wöchentlich.
Jahrespreis: 10 Mark Nr. 52.

Eintritt: Auer Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1920

Nr. 20

Donnerstag, den 24. Januar 1924

19. Jahrgang

Vor einem neuen Gewaltakt?

Entzündung des Ruhrindustriels

Was dem bestens Gebiet wird dem „Tag“ sc-
hrieben:
Wie verlautet, planen die Franzosen zum 12.
Lauftermin der Wicum-Verträge einen neuen Gewalt-
akt. Sie wollen unter bestimmten Voraussetzungen die In-
dustrie des Stuhrgebietes entzünden. Soweit die Werke
im Stuhrgebiet Aktiengesellschaften oder Gewerkschaften sind, bedachten die Franzosen, Alten und Kluge für
verschärfen zu erklären und neue in Paris zu begeben.
Ausländischen Inhabern der bisherigen Alten und Kluge soll
angeheimgestellt werden, sich durch ihre Regierungen
entschädigen zu lassen. Ein hoher französischer Offi-
zier der Besatzungsmacht habe wörtlich gedroht:

"Hat man je gesehen, daß eine Arbeiterregierung
(gemeint ist die englische) etwas anderes tut, als reden?
Doch sie handelt? Außerdem wird England durch die
Wirtschaft der Arbeiterregierung viel zu viel innere
Schwierigkeiten haben und zu geschwächt sein, als daß es
überhaupt handeln könnte. Auch der Rheinstaat ist für
uns Franzosen nur interessant, wenn wir gleichzeitig
die deutsche Industrie darin bekommen. Wir werden
erst den Rheinstaat machen und dann die Werke im
Stuhrgebiet an uns bringen. Wenn sie dann etwas
schlechter gehen, als unter deutscher Leitung, ist uns das
auch egal. Unsere Ingenieure sind keine Idioten."

Offizier des Staats Speyer.

Die Stadt Soest sandte funktentelegraphisch einen
Hilferuf in die Welt, in dem auf das graulame Schaf-
fäl der Gefangen im Regierungsbüro in Speyer
eingespielt wird, deren ganzes Vergehen sei, die Re-
gierung der autonomen Pfalz nicht als rechtmäßige Be-
hörde erkannt zu haben. Selbst Frauen wurden brutal
geprägt: nur General de Mes, der dem Regie-
rungsbüro gegenüber wohnt, wolle ihre Klagen nicht
hören, die Tag und Nacht durch die Mauern dringen.

Streikarbeiten im Westen.

Terroristische Streikende in Barmen.

Etwa 800 ausländische verschwunden auf der Allee
den Transportverkehr zu unterbinden. Polizeibeamte
die die Menge zerstreuen wollten, wurden angegriffen
und mußten von der Schuhware Gebrauch machen. Ver-
letzungen sind jedoch so weit bekannt, nicht vorgekommen.

Die zum Schutz der Arbeitswilligen aufgebotene
Schutzpolizei wurde in Gronenberg von Streikenden an-
gegriffen und beschossen. Zwei Schutzpolizeibeamte er-
litten Verletzungen. Die Beamten erwideren das Feuer.
Ob jemand in der Menge getroffen wurde, war nicht fest-
zustellen. Mehrere Personen wurden festgenommen und
bei ihnen Schlagringe und andere gefährliche Werkzeuge
vorgefunden. Einer der Verhafteten war im Besitz
einer geladenen Urmeppistole.

Der Streik im Römer Braunkohlenrevier.

Der Streik im Römer Braunkohlenrevier hat
seit mit einer einzigen Ausnahme sämtliche Gruben
des Reviers erfaßt. Auf zwei Gruben wird mit Hilfe
von Arbeitern, die die englische Besatzungsherrschaft re-
auftaucht, hat der Betrieb soweit aufrechterhalten, daß
die beiden Elektrizitätswerke, die die Stadt Köln und
die Industrie mit Licht und Kraft versorgen, weiterar-
beiten können. Das Eingreifen der englischen Besat-
zungsherrschaft soll keine Beteiligung für die Unterneh-
mer bedeuten. Es wird lediglich mit der Notwendigkeit
der Sicherung des weiteren Funktionierens der lebens-
wichtigen Kraftwerke begründet.

Streit und Stilllegung.

Die „Römer Btg.“ meldet, daß infolge des Terrors
einer kleinen Minderheit die gesamte Belegschaft der
Stahlwerke Düsseldorf, U.G. in Willich bei Aachen, in den
Aussstand getreten ist. Die Werke sind durch Streikposten
abgesperrt. In Aachen ist die Streiklage unverändert.
Die Hagenauer Gusstahlwerke haben ihren Betrieb bis auf
weiteres geschlossen und die gesamte Belegschaft entlas-
sen mit der Begründung, daß die Belegschaft ohne recht-
lichen Grund die Arbeit niedergelegt habe und nicht zur
Arbeit erscheinen sei.

Gegentreis in Saarbrücken.

Ein Gegentreis, der bisher nur die bürgerlichen
Blätter umfaßt, ist nun mehr allgemein ausgebrochen. Die
Geher lehnen es ab, zu den Bedingungen zu arbeiten,
die in dem im Saargebiet einzuführenden deutschen Ta-
rifvertrag enthalten sind. Durch den Streik ist die deutsche
Wahlpropaganda für die am kommenden Sonntag be-
vorstehenden Landtagswahlen auf das schwere ge-
fährdet.

Börse und politische Lage in England.

Die Börse reagiert auf den Regierungsumschlag und
den Streik mit einem Rekordfallen des Sterling auf
seitwelle 4.2 Dollar. „Standard“ behauptet, die Be-
wegung sei verschärft durch französische Verbände. In
der City wird von einer Erhöhung des Diskontrate
gesprochen, obwohl man einleicht, daß damit wenig ge-
ändert werde, sondern daß „man notwendigerweise
wieder vernünftig werden müsse“. Eine offizielle No-
tiz sucht die Stimmung wegen der Blockade der Kölner
Zone zu befähigen, indem sie betont, daß die neuen
Berichte ergeben, daß die französische Aktion mehr ge-
richtet sei. Die Rote ist wohl veranlaßt, weil die
Pressemontage eine gefährliche Schärfe anzunehmen
begonnen hatten.

Zum Kabinett Macdonald

Sind außer den gestern veröffentlichten noch folgende
Namen zu nennen: Wheatley Gesundheitsminister, Wil-
liam Adamson Staatssekretär für Schottland, Treve-
lian Unterrichtsminister, Tom Shaw Arbeitsminister,
Vernon Hartshorn Postminister, Oberst Wedgwood Kanz-
ler für die Grafschaft Lancashire, Jowett Minister für
öffentliche Arbeiten.

Die Minister des neuen Arbeiterkabinetts haben
gestern bei einem im Buckingham-Palast abgehaltenen
Kronrat den Eid geleistet. Der Prinz von Wales wohnte
dieser Handlung bei. Alle bisher ernannten 20 Minis-
ter sind zu einem Kabinettstac in Downing-Street zu-
ammenberufen worden.

Ein konservatives Misstrauensvotum.

Für die nächste Sitzung des Unterhauses liegt be-
reits ein konservativer Misstrauensantrag gegen das Sta-
binett Macdonald vor, welcher lautet: Das Haus hat
kein Vertrauen in eine Regierung, welche weniger als
ein Drittel der Wählerschaft darstellt, die sich den Grund-
sätzen und der Praxis des Sozialismus verschrieben hat,
und welche deshalb ungeeignet ist, die Regierung dieses
Landes im Einvernehmen mit den Wünschen der gro-
ßen Mehrheit der Bürger zu führen.

Eine praktische Bedeutung kommt diesem Mi-
strauensantrag nicht zu. Die Stellung der Liberalen
zur Regierung Macdonald ist durch die Erklärungen As-
quith und Lloyd George bis auf weiteres festgelegt;
von dieser Seite können die Konservativen keine Unter-
stützung erwarten. Sie bleiben mit ihrem Misstrauens-
antrag allein, der ja auch nur beweist, die grundsi-
chliche Stellung der Partei gegenüber einer sozialistischen
Regierung — im Parteiinteresse — festzulegen.

Eine Absage Krassins an Poincaré.

Krassin erklärte Pressevertretern: Die französische
Regierungspresse behandelt das schwer lösbare Schul-
problem als Hauptfrage, wodurch die aktuelle Auf-
gabe der Schaffung einer Rechtsgrundlage für den fran-
zösisch-russischen Handel in den Hintergrund geschoben
wird. Als wir in Paris eine Handelsagentur begrün-
deten, betrachteten wir sie als vorläufigen Versuch, den
wir im Laufe von zwei Jahren gebildig fortsetzen. Wir
haben allen Grund, daß Scherzer einige Konzessionen
verhandlungen auf den inoffiziellen Druck der französi-
schen Regierung zurückzuführen. Wir rechnen mit der
Möglichkeit, daß die Verhandlungen mit der französi-
schen Gruppe in Kirov Mog über eine Metallfondation
im Donez-Beden durch direkten oder indirekten
Druck der französischen Regierung scherzen. Allerdings
ist die Verhältnisse solcher Abkommen unter den je-
weiligen Verhältnissen schwer denkbar. Der
Versuch des zweijährigen Handels mit Frankreich ist
ohne Rechtsgrundlage abgeschlossen. Der Optorgprozeß
der unsere Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit ernsterer
Geschäfte bestätigt, stellt die französische Regierung vor
die Alternative, entweder den Handel mit Russland voll-
kommen einzustellen oder die Politik von Grund aus zu
ändern. Wir verzichten nicht auf einzelne Geschäfte
aber im Falle weiterer Vertragslosigkeit werden wir
unsere Pariser Agentur stark abbauen müssen.
Und die französischen Firmen werden ihre Angebote den
Sowjet-Handelsvertretern in London und Berlin zu-
gehen lassen müssen. Die Verhandlungen über die so-
zialistischen Schulden und über das nationalisierte Eigen-
tum können sich endlos hinziehen, unterdessen würde
dann der Handel ohne Rechtsgrundlage gänzlich stillge-
setzt werden. Ist das der Wunsch des französischen Mi-
nisterrätsel? Unser Handel, der unabhängig von
den Wünschen Poincarés die meisten europäischen Märkte
immer tiefer erfaßt, ist nicht auf Frankreich angewiesen.

Was Lenin will.

Wladimir Iljitsch Ulljanow-Lenin (die Betonung
liegt auf dem e) erkennt einer obligaten großer russischen

Familie und hat kein jüdisches Blut in den Übers. Er
wurde in Simbirsk 1870 als Sohn eines Gymnasial-
direktors geboren. Er studierte mit seinem Bruder
Wilei an der Universität Kasan, wo sich beide im re-
volutionären Sinne betätigten. Ulljanow wurde
nach einem mißglückten Bombenanschlag auf Zar Alexan-
der III. gehängt; seitdem führte Wladimir Ulljanow den
Revolutionären Namen Lenin. 1897 wegen seiner Teil-
nahme an den Arbeiten der Sozialisten nach Sibirien
verbannt, flüchtete er von dort in die Schweiz. Auf dem
Londoner Parteitag der russischen Sozialisten über-
nahm Lenin die Führung des radikalen Flügels, der
Bolschewiken. In der Revolution von 1905 spielte Len-
in eine bedeutende Rolle, ging dann nach London und
schließlich nach Krakau, wo er bei Kriegsausbruch be-
nach verhaftet wurde; Friedrich Adler verhalf ihm aber
zur Flucht in die Schweiz, wo er bis zum Zusammen-
bruch des zaristischen Russlands lebte. In Petersburg
entwickelte er eine eifige Tätigkeit, bis im November
1917 die Bolschewiken die Macht an sich reißen konnten,
an deren Spitze Lenin als Vorsitzender des Rates der
Volkskommissare trat. Bereits im Jahre 1921 legte
Lenin Wandlung ein mit der Kongressverteilung an
ausländische Kapitalisten und Bäcker. Ein Anschlag
auf Lenin im Jahre 1922 mißlang, im März 1923
fuhren die Leipziger Mörder Geheimrat Dr. v. Strüm-
bell und Geheimrat Dr. Bumke nach Moskau zu Lenin,
der damals an einer komplizierten Herdenerkrankung
litt.

Stalin — Nachfolger Lenins?

Der Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rates
der Volkskommissare soll, wie Dammers Büro von gut
unterrichteter Seite erfuhr, der Vorsitzende der Kom-
munistischen Partei Stalin sein, und nicht Rykov.
Die Entscheidung über die Nachfolge Lenins liegt bei
dem Kongress der Union der Sowjetrepubliken, der
wahrscheinlich am 26. Januar darüber entscheiden wird.

Deutsches Volk zum Tode Lenins.

Unabhängig des Ablebens Lenins wird auch die deut-
sche Reichsregierung ihr Volk zum Ausdruck bringen.
Dabei dürften sich Schwierigkeiten über die Form er-
geben haben, in der dies geschehen soll, da die Frage
ausgeworfen ist, ob Lenin als Staatspräsident oder als
Ministerpräsident anzusehen ist. Vermutlich wird die
Entscheidung in leichterem Sinne ausfallen.

II.

Giunta über Mussolinis Außenpolitik.

Bei einer Programmrede in Neapel kam der Sekretär
der faschistischen Partei, Giunta, auf die Außenpolitik zu sprechen
und wies auf die große Entschlossenheit hin, womit Mussolini
an das Abrißproblem herangetreten sei. Während Mussolini
mit Südslawen über die Istanbuler Frage verhandelte, hatte er an
der Ostgrenze 50 000 Mann und 5 Artilleriekorps aufgestellt
und 100 000 Schwarzhemden in Bereitschaft gesetzt, die auf den
ersten Wink losgeschlagen hätten. So sei Mussolini in die
Verhandlungen eingetreten. (Lebhafter Beifall.) Giunta fand
ferner: „Wir haben in der Außenpolitik noch anderes voll-
bracht. Frankreich gebaute 800 000 Meter nach Europa zu
bringen und schickte sich an, in der Kontinentalflotte zu
dominieren. Deutschland war niedergebrochen, England war
defensiv mit seiner schwierigen Innenlage, Poincaré fühlte sich
doch ähnlich als Herr Europas. Was tat da Mussolini? Er
holte den Spanier König aus Madrid nach Rom, und als
Frankreich als Gegengewicht gegen Spanien sich mit Pro-
verbündigte, da schickte Mussolini den Vertrag mit Belgrad.
Mussolinis Politik hat Stil, denn wir Faschisten verfügen
nicht, daß die Außenpolitik mit Bajonetten und Kanonen ge-
macht wird.“

Das Kapital der Goldnotenbank.

Wie bereits mitgeteilt, wird sich der zurzeit in Ber-
lin tagende erste Sachverständigenausschuß der Repara-
tionskommission demnächst nach Berlin begeben, um
dort Informationen über die finanzielle Leistungsfähig-
keit Deutschlands einzuziehen. Es ist anzunehmen, daß
der Ausschuß bereits Anfang nächster Woche in Berlin
eintrifft um sofort die Besprechungen mit den einzel-
nen Regierungstellen aufzunehmen.

Im Vordergrunde der Erörterungen werden die
fest in Paris eingeleiteten Verhandlungen über die Er-
richtung einer deutschen Goldnotenbank stehen.
Über das Kapital der Goldnotenbank glaubt die
„Reichszeitung“ auf Grund besonderer Informationen
folgende Angaben machen zu können. Darnach soll das
Kapital wie es verschiedentlich hieß, nicht 1 Milliarde
Goldmark betragen, sondern nur 400 Millionen Mark.
Die Goldmark, die zur Ausgabe gelangen soll, wird auf
1:2790 Kilogramm Gelbgold basiert sein. Gis der
Bank soll Berlin sein. Die Reichsregierung wird einen
Kommissar bei der Bank ernennen. Das Verhältnis
des deutschen Kapitals zu dem ausländischen steht noch
nicht fest. Die Kommission, deren Aufenthaltsort in Ber-

Um auf etwa 14 Tage berechnet ist, wird eine Reihe der vorrangigen Verbindlichkeiten des deutschen Finanz- und Wirtschaftslebens hören und in dauernder Fühlungnahme mit den bestellten Resten der Reichsregierung verbleiben.

Protest der Rentenbank gegen die Zahlung der Besatzungskosten.

Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank haben beim Reichsfinanzminister und beim Reichsausgabenminister ihre schwersten Bedenken dagegen erhoben daß die Besatzungskosten für das besetzte Gebiet weiterhin gezahlt werden.

Die jetzt eingetretene Stabilisierung unserer Währung werde nach ihrer Aussichtung nicht aufrecht erhalten werden können, wenn diese Zahlungen fortgesetzt würden. Die Stabilisierung sei nur dann gewährleistet wenn die Ausgaben des Reiches sich mit den Einnahmen im Einstrom befinden und der Reichshaushaltplan im Gleichgewicht bleibe. Nach den Wahlen bei den Kreditanträgen zugegangenen Ausschüsse des Reichsfinanzministeriums sei die Herbeiführung des Gleichgewichts für das Jahr 1924 nur dadurch ermöglicht worden daß die Ausgaben auf das kaum ertragbare beschränkt und die Einnahmen in einer Höhe angenommen seien, daß man eben noch mit ihrem Einstrom rechnen könnte.

Würde dies Gleichgewicht durch so hohe Ausgaben wie sie die Besatzungskosten darstellen, übertritten, dann seien große Fehlbeträge unvermeidlich. Aus Unleben oder bereiten Mitteln könnten diese Fehlbeträge zurzeit nicht gedeckt werden. Es würde daher nur die Neuschaffung von ungeeigneten Zahlungsmitteln übrigbleiben, welche eine neue Inflation im Gefolge haben würde. Die Rentenbank halte sich im Interesse der Währungsicherhaltung der Stabilität der Währung für verpflichtet gegen die Weiterzahlung der Besatzungskosten ihre warnende Stimme zu erheben. Den Vertretern der Rentenbank wurde zugesagt, daß die Angelegenheit weiter verfolgt und dem Kabinett unterbreitet werden würde.

Kleine politische Meldungen.

Generalsdebatte über die Rhein- und Ruhrfrage. Die am Dienstag zwischen den Reichsministern und dem deutschen Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, geplante Aussprache hat das Ergebnis gehabt, daß innerhalb des Reichskabinetts demnächst über das gesamte Rhein- und Ruhrproblem eine Generalsdebatte stattfinden wird. Wie verlautet, wird sich das Kabinett bereits am Sonnabend mit dieser Fragen beschäftigen.

Beworbringende Aufführung des Reichsministeriums für Wiederausbau. Der Abgrundsatz des Reichstages behandelt in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst den Abbau beim Personal des Rechnungshofes, beim Reichsministerium für Wiederausbau usw. Der Ausschuss beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsministerium für den Wiederausbau spätestens am 1. April 1924 aufgelöst werden soll. Beim Reichsarbeitsministerium sind nach Angabe der Regierung bis zum 31. Dezember 1923 insgesamt 14 Prozent des Personals abgebaut gewesen, bei dem dem Reichsministerium nachgeordneten Versorgungsbehörden betrug der Abbau bis zum gleichen Zeitpunkt 15 Proz., beim Reichspensionsamt 17 Proz., beim Reichsversorgungsamt 22 Proz., beim Reichsverwaltungsgericht 18 Proz., bei den Reichsverwaltungsverwaltungen 14 Proz. und bei den Verwaltungskräftebeamten 23 Prozent des Bestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern am 1. Oktober 1923. In der nächsten Sitzung wird sich der Ausschuss mit dem Abbau beim Auswirkungen künftigen Kabinett und beim Reichsfinanzministerium beschäftigen.

Weitere Vereinfachung der Bußgeldprozesse. Im Reichsjustizministerium wird augenblicklich ein Entwurf ausgearbeitet, der auf eine weitere Vereinfachung des Bußgeldprozesses hinausläuft. Wie verlautet, soll der Entwurf bereits dem Reichskabinett vorgelegt haben und demnächst auf Grund des Erneuerungsgesetzes in Kraft gesetzt werden. Am Donnerstag findet noch eine abschließende Befreiung mit juristischen Mitgliedern der verschiedenen Parteien statt, um festzustellen, wie weit der Entwurf Widerstand innerhalb der politischen Parteien findet.

Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Böhme.

(5. Fortsetzung.)

Um fröhlichstes würde der Heinrich der Frau Vantes allfälligen Herzschlag erlauscht haben — Frauen haben dafür einen eigenen Sinn, der den Männern fehlt —, aber sie erwähnte nichts und blieb beruhigt. Herr Bantes dachte an solche Möglichkeiten gar nicht. Er selbst hatte in seinem Leben von dem, was man Liebe nennt, keine Vorstellung gehabt, und würde eben so leicht geschrückt haben, seine Tochter könnte einmal wahnhaftig werden, als sie könnte einmal irgend einen jungen Mann um seines Selbstes willen leidenschaftlich lieben. Er wußte, daß Frau Vantes schon keine Braut gewesen, ehe sie ihn nur von Angesicht zu Angesicht gesehen hatte. Und er war Verlobtig am geworden und hatte dem Vater sein Jawort gegeben, sobald er wußte, seine Bußkünste sei ein braues Mädchen, Tochter eines soliden Hauses, bringe dreihundert Taler mit und habe noch weit mehr durch Erbschaft zu erwarten.

Dies Verfahren in Chestands- und Verlobungsgeschäften, von dem ihm seine Erfahrung bei unerlegbaren Beweis der Zweckmäßigkeit gegeben — denn er war einer der glücklichsten Chemänner und Hausväter — schien ihm daher das Vernünftigste. Er hätte seine Tochter längst vermaßt; an Freiern fehlte es nie. Allein teils möchte er sich nicht gern von dem Mädchen trennen, denn er hing mehr an ihr, als er sich bewußt war; teils gab es bei den Verlobungen einen Freien oder Verlobten Unmöglichkeit. Er behauptete, die Welt bestehe lediglich durch das Gleiche nicht ihrer Sollitären, sonst wäre sie schon vor Jahrtausenden zusammengefallen, und eben darum stellt er das Gleichgewicht des gegenwärtigen Vermögens als Hausvaters.

Die Trennung der Vereinigten Sozialdemokratie in Thüringen. Die ehemaligen Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei haben sich für die bevorstehenden Landtagswahlen von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei getrennt und eine eigene Liste aufgestellt mit der Begründung, daß ihre Richtung bei der Auffassung der gemeinsamen Liste nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

Die Untersuchung über das polnische Waffenarsenal in Danzig. Der Sachverständigenausschuß, der durch einen Entschluß des Völkerbundesrates über die Ansage eines polnischen Waffenarsenals in Danzig zu entscheiden haben wird, ist am Dienstag in Genf gebildet worden. Er setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Borg (Dänemark), Mitglied der schwedischen Akademie, General Faure (Frankreich) und Admiral Smith (England). Die Sachverständigen werden Ende Januar sich nach Danzig begeben und den Völkerbundsrat anlässlich der nächsten Session, die am 10. März eröffnet wird, einen Bericht unterbreiten.

Die tschechischen Offiziere lernen deutsch. Nach einer Meldung der "Bohemie" hat der tschechische Landverteidigungsminister verkündet, daß alle aktiven tschechischen Offiziere die deutsche Sprache lernen müssen.

Schweden will aus dem Völkerbund austreten. An beiden Sämmern der schwedischen Volksvertretung wurde der Antrag eingebracht, der Reichstag solle den Antritt Schwedens aus dem Völkerbund beschließen. In der Begründung heißt es, der Völkerbund habe seine vollständige Unfähigkeit zur Verwirklichung seiner Pläne bewiesen.

Von Stadt und Land.

Aue, 24. Januar.

Eine Verordnung über Buchführung auf wertbeständiger Grundlage. In den nächsten Tagen wird auf Grund der zweiten Steuernovelle eine Verordnung über Buchführung auf wertbeständiger Grundlage erlassen werden. Darauf sollen Bücher im Sinne der Steuernovelle ordnungsmäßig geführt werden, wenn vom 1. Februar 1924 ab sämtliche Geldbeträge in Goldmark oder in amerikanischer, englischer, holländischer oder schweizerischer Währung gehucht werden.

Weiterer Rückgang der Indeziffer. Die Reichsindexiffer für die Lebenshaltungskosten (Einkauf, Wohnung, Belebung, Beleuchtung und Bekleidung) läuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 21. Januar auf das 1,08-Billionenfache der Vorriegsszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,11 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 2,7 Prozent zu verzeichnen. — Die auf den Stichtag des 22. Januar berechnete Großhandelsindexiffer des statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 15. Januar (119,8) einen Rückgang um 3,4 Prozent auf 115,7 Prozent, der durch weiteres Nachgeben der Nahrungsmittelpreise durchsetzt wurde. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 106,9 auf 100,6; davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 84,9 auf 79,9. Industriestoffe blieben mit 144 nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Kohlen und Eisen (140). Importwaren gaben von 111,4 auf 106,5 nach, während Einfuhrwaren von 161,6 auf 162 Prozent angingen.

Erleichterung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt. Während die auf dem sächsischen Arbeitsmarkt Anfang Dezember vorigen Jahres eingetretene leichte Besserung bereits Mitte Dezember zum Stillstand gekommen war und in den folgenden Wochen sogar eine Verschlechterung erfahren hatte, waren in dieser Berichtswoche wieder Anzeichen für eine Aufwärtsentwicklung zu erkennen, was insbesondere in einer regeren Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise zum Ausdruck kam, und zwar wurden nicht nur Facharbeiter angesetzt, sondern auch für ungelernte Arbeitskräfte boten sich größere Unterbringungsmöglichkeiten. Aber auch nach Provisionsreisenden, Vertretern, Agenten usw. bestand bemerkenswerter Nachfrage, welche ebenfalls auf eine beginnende Neubelebung des Wirtschaftslebens schließen läßt. Nach wie vor als gut zu bezeichnen ist die Lage in der Textilindustrie, in welcher — wie bereits früher berichtet — sogar stellenweise die Nachfrage nach Facharbeitern das Angebot übersteigt. Eine we-

itere leichte Besserung war in der Seiden-, Tabak- und Süßwarenindustrie sowie im Holz- und Schuhhofwarenvertrieb zu verzeichnen, aber auch in der chemischen Industrie, im Metallbau und im Handels- und Dienstwirtschaftsvertrieb war ein Aufschwung festzustellen. Schonend gestaltet sich die Lage in der Zellstoff- und Papier-, sowie in der Metallindustrie. Im letzteren erfolgten in verschiedenen Orten gleichmäßige Entlassungen und Einstellungen von Arbeitskräften. Ungünstig im allgemeinen blieb die Lage im Bergbau und in der Industrie der Steine und Erdöle, in welcher insbesondere stellenweise die Glasindustrie weiterhin Arbeitskräfte abstieß und in der Gruppe für häusliche Dienste, in welcher sich in der Hauptstadt nur für Auswartungen Unterbringungsmöglichkeiten boten, sowie für Kaufmännische und Büroangestellte.

Demonstrationen und Zusammenstöße. Die Auflösung des Volksaufstandes scheint die nunmehr bevorstehenden scheint, wirkt ihre Schatten voraus. Gestern nachmittag kam es zu Zusammenstößen und Demonstrationen nicht nur in Aue, sondern auch in Alberoda und Schwarzenberg. In Aue wurde eine genehmigte Arbeiter-Versammlung, die von der Opposition der Gewerkschaften einberufen war, abgehalten, in der Wohnfragen, der 10-Stundentag und Erwerbslosenangelegenheiten zur Sprache kamen. Nachdem diese Versammlung zu Ende gegangen war, formierte sich ein Zug, der unter Anhänger von revolutionären Liebhabern nach dem Markt und der Schiebergerstraße zog. Da die Polizei recht eingreifen konnte, hatte sich der Demonstrationszug zerstreut. Während der Nacht wurden verschiedene Kommunisten verhaftet und zwar Kettel, Fabian, der jüngere Salzer und Seibold.

Ein Teil dieser Demonstranten scheint nach Alberoda marschiert zu sein, wo gerade eine Gemeinderatswahl stattfand, die sich daraufhin aufzölte. Einzelnen der Ortspolizei und einigen Sipoleuten einerseits und den von einem gewissen Grunert geführten Demonstranten andererseits kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem geschossen wurde. Ein Beamter der Ortspolizei und ein Kommunist erhielten Verletzungen. Der hier durch einen Beifallschub verlebte Kommunist hat abgängig ausgesagt, daß er im Bürgergarten zu Aue Waffen erhalten habe.

Von bedeutend heftigerer Art waren die Zusammenstöße, die sich ebenfalls am gestrigen Nachmittag in Schwarzenberg ereigneten. Hier hatten zwei Versammlungen stattgefunden, die eine im „Unter“ (Karlshaderstr.), die andere in der „Sonne“ in Wildenau. Nach Beendigung der Versammlungen zogen die Demonstranten unter den üblichen Gestalten nach dem Markt. Grüne Polizei versuchte den Markt zu räumen, was ihr auch für den Augenblick gelang. Jedemal aber kamen die Massen, wenn sie auseinander gegangen waren, aus den in den Markt ehmündenden Straßen wieder dahin zurück. Die Stimmung wurde immer gespannt, bis plötzlich aus den Reihen der Demonstrierenden ein Revolver schlug und eine selbstgefeilzte Handgranate geworfen wurde, durch die einzige Sipoleute Verletzungen erhielten und einige Fensterscheiben zerbrachen. Daraufhin lief der die Polizeiamtschäften befehlige Hauptmann Heuer geben. Ein Böllert ist wahrscheinlich vor Aufregung an Herzschlag gestorben, ein anderer wurde erschossen, verletzt sind, soweit bisher festgestellt war, etwa 10–12 Polizisten. Nur Teil schwer verletzt sind von der Sipo einer durch Schläge, einer erhielt einen Stich in den Rücken, einer wurde durch Faustritte am Kopf furchtbar verletzt. Gegenwärtig befinden sich 150 grüne Polizisten in Schwarzenberg, die teils aus Aue, wo schon vor einigen Tagen eine größere Auseinandersetzung eingeschritten war, teils aus Wildenau herangezogen worden sind.

In den heutigen öffentlichen Bekanntmachungen befindet sich ein Aufruf, in dem der Stadtrat dringend baten warnt, sich an öffentlichen Umzügen oder Zusammenrottungen zu befreien, in den vor allem die Neugierigen gewarnt werden, bei solchen Gelegenheiten stehen zu bleiben oder sich in der Nähe der Zusammenlungen aufzuhalten. Auf kommunistischer Seite wird scheinbar planmäßig auf Gewalttaten gegen die staatlichen Organe hingerichtet. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Organe, nachdem erst neuerdings wieder ihre Beamten angegriffen und eine Anzahl verwundet worden sind, von ihren Waffen Gebrauch machen werden. Wenn Leben und Gesundheit lieb ist, der halte sich unbedingt fern von solchen öffentlichen Zusammenrottungen.

wesentlichen Grundsatz einer ethischen Verbindung auf. Sonohl Frau Vantes als Friederike hatten dies bisher vollkommen billig gefunden.

Nun aber war Friederike bald volle zwanzig Jahre alt. Der alte bedachte, daß er seine Gattin befürchten, da sie noch weit länger gewesen, und er dachte ernster an die Verheiratung seiner Tochter. Frau Vantes hatte eingestimmt, und Friederike es ebenfalls ganz billig gefunden. Eine junge zwanzigjährige Frau — der Ausdruck läßt sich hören; es ist etwas Hartes darin. Allein ein junges zwanzigjähriges Mädchen — man kann dies kaum sagen, ohne in Gedanken zu fragen: Wie lange will dann das Jung bleiben? — Herr Vantes sah dies sehr gut und traf darnach seine Anstalten.

Der Geburtstag.

Im Hause des Herrn Vantes pflegten viele Familienleute gesellt zu werden, und zwar nur von und in der Familie. Bloß am Hochzeitstag des Herrn und der Frau wurden Freunde aus der Stadt eingeladen. Auch der alte Buchhalter, der Fabrikaufläufer und Kassierer, welche die Ehre genossen, am Tisch des Herrn Vantes zu sitzen, waren der Familie beigezählt, und die Geburtstage der selben wurden ähnlich begangen. Kein Wunder also, daß das Jahrestest unseres Oberleutnants statlich gesellt werden mußte.

Um einem solchen Tage durfte, so war es Gesetz, keine Seele im Hause dem Gesellten eine böse Mine machen, keiner ihm eine billige Witte abschlagen. Jeder mußte ihm ein Geschenk bringen, es mochte groß oder klein sein. An diesem Tage des Mittags war die Mahlzeit reicher und ausgewählter, nur an diesem Tage spülte man von Silber: brannten des Übends silberne Kerzenstöcke, und der Gesellte saß am Tische auf der

desmal überreicht, ehe man sich zum Mittagessen niedersegte; dem Gesellten wurden Gesundheiten mit gesäuberten Gläsern zugebracht; nach aufgehobener Tafel empfing er von jedem der Anwesenden Umarmung und Kuss. — Herr Vantes hatte die übliche Sitte noch aus dem elterlichen Hause herübergebracht und beibehalten.

Das alles ging nun auch an Waldrichs Geburtstage in altbeständener, ihm wohlbekannter Ordnung vor sich. Wie er ins Gesellschaftszimmer trat, waren die sämtlichen Mitschwestern schon versammelt. Herr Vantes kam ihm mit seinem Glückwunsche entgegen, und überreichte ihm ein Blättchen in Seidenpapier eingeschlagen. Es war ein schöner Wechsel, von Herrn Vantes auf sich selbst ausgeführt, als visto zahlbar. Frau Vantes folgte. Sie trug ihm eine außerst fine, vollständige Hauptmannsuniform entgegen, mit allem Zubehör. Darauf, nahm Friederike mit einem Silberteller; auf einem halben Dutzend seines, von ihrer eigenen Hand gestickten Silberstücken lag ein Brief mit großem Siegel des Regiments und der Adresse: An den Hauptmann Georg Waldrich. Hier stieg der Oberleutnant, als er aufsprach und ein Hauptmannspatent für sich erhobte. Auf Bescheidung hatte er lange gewartet, aber sie so bald nicht zu erhalten gehofft. Er war Hauptmann seiner Kompanie geblieben sein auf Urlaub beständlicher Vorgänger zum Major vorgerückt.

„Über, mein gnädiger Herr Hauptmann.“ sagte Friederike mit ihrem eigenen anmutigen Höcheln. „Gelt, Sie werden mir doch nicht böse? Ich will nur betonen, der Brief kam schon vor acht Tagen während Ihrer Abwesenheit an, und ich unterschlug ihn, um ihn für heute aufzubahren. Gestraft genug bin ich schon durch meine achtjährige Todesangst. Sie möchten die Erinnerung noch von wo anders her erfahren und dann diesen Brief vermissen.“

(Fortsetzung folgt.)